



BUNDESTAG AKTUELL

Andreas Mattfeldt MdB

OSTERHOLZ VERDEN

Berlin, 18. März 2011

Mitgefühl dem japanischem Volk - Deutschland vor der Energiewende

Wir alle sind bestürzt über die Naturkatastrophen, die den nordöstlichen Teil Japans verwüstet und Tausende von Opfern gefordert haben. Wir trauern um die Toten. Unsere Gedanken sind bei den Verletzten, den Verwandten der Opfer und all denen, die ihr Hab und Gut verloren haben. Ich hoffe, dass es Japan gelingen wird, die Folgen der größten Katastrophe, die dieses Land seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges getroffen hat, rasch zu überwinden. Die Bundesregierung hat die Hilfe Deutschlands, wo immer sie nötig ist, angeboten.

Hinzu kommen die bisher so nicht vorstellbaren Reaktorunfälle. Die Sicherheit der Kernkraftwerke in Deutschland und damit der Schutz der Menschen hatten und haben für uns immer höchste Priorität. Auch wenn in Deutschland so starke Erdbeben wie in Japan und Tsunamis unbekannt sind, können wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen.

Als Konsequenz aus den Katastrophen in Japan muss nicht nur die Sicherheit der deutschen Kernkraftwerke erneut überprüft werden, sondern wir werden die Energiepolitik in der Gesamtheit neu bewerten müssen. Deshalb hat die Bundesregierung die Laufzeitverlängerung für drei Monate ausgesetzt und die sieben vor 1980 errichteten Kernkraftwerke werden abgeschaltet. Ich gehe davon aus, dass sie wohl nicht wieder ans Netz gehen. Es handelt sich dabei um Biblis A und B, Neckarwestheim I, Brunsbüttel, Isar I, Unterweser und Philippsburg I. Zudem bleibt das abgeschaltete Atomkraftwerk Krümmel vom Netz getrennt. Wir nehmen die Ängste der Menschen sehr ernst und werden in der Energiepolitik umdenken. Als größte Volkspartei dürfen wir keine Politik gegen die Ängste der Menschen betreiben

auch wenn es für Kernenergie gerade im Bereich der CO₂-Reduzierung gute Gründe gibt.

Ich bin immer ein Verfechter des Strommixes aus unterschiedlichen Energieträgern in Deutschland gewesen, denn Energie muss sowohl sicher und in unserer Industrienation auch bezahlbar bleiben. Zum Energiemix gehörte für mich daher immer die sichere Nutzung der Kernenergie. Diese Meinung kann ich nicht mehr aufrecht halten.

Auch wenn in Deutschland Naturkatastrophen wie jetzt in Japan nicht denkbar sind, bleibt eben doch die Erkenntnis, dass es sich bei der derzeitigen Katastrophe nicht um menschliches Versagen sondern um höhere Einwirkung handelt die von uns nicht beeinflussbar ist.

Ich gehe daher davon aus, dass wir erheblich schneller aus der Kernenergie aussteigen, als wir und auch die Opposition, dies jemals für möglich gehalten haben. Ich bitte aber auch um Verständnis, dass die Versorgung mit Strom gewährleistet werden muss und eine Stromlücke nicht entstehen darf. Ein sofortiges Abschalten, wie von einigen gefordert, ist nicht machbar und führt zu Versorgungsengpässen die gegebenenfalls nicht kalkulierbare Risiken mit sich bringen! Wenn wir unsere Energiepolitik aber umstellen, müssen wir auch so ehrlich sein zu sagen, dass dies mit höheren Strompreisen verbunden sein wird. Genauso werden wir akzeptieren müssen, dass die Produktion von Erneuerbaren Energien wie durch Wind oder Bioenergie vor unseren Haustüren eine höhere Akzeptanz erfahren muss.

Entsetzt bin ich von der Opposition. Ich halte es für unverantwortlich, dieses schreckliche Unglück zu Wahlkampfzwecken zu instrumentalisieren.

Gespräch mit Eberhard Diepgen

In dieser Woche habe ich mich mit dem ehemaligen Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, getroffen. Er ist Vorsitzender des Kuratoriums der Otto-Benecke-Stiftung.

Diese Stiftung finanziert sich zu einem großen Teil aus Mitteln des Bundesfamilienministeriums, für dessen Etat ich im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages zuständig bin.

Ich habe es mir zum Ziel gesetzt, alle Ausgabenposten in diesem Etat auf den Prüfstand zu stellen und mir

ein genaues Bild davon zu machen, welche Projekte, Institutionen etc. daraus gefördert werden. Nur dann kann ich sehen, ob das Geld der Steuerzahler sinnvoll angelegt ist und auch eine entsprechende Wirksamkeit gegeben ist.

Die Otto-Benecke-Stiftung bietet Zuwanderern Eingliederungshilfen. Dabei geht es unter anderem um Unterstützung bei der Anerkennung von Studien- und Berufsabschlüssen. Diese Arbeit halte ich gerade vor dem Hintergrund des erwarteten

Fachkräftemangels für äußerst sinnvoll. Unsere Wirtschaft wird zukünftig auf ausländische Fachkräfte angewiesen sein.



Der Euro bleibt stabil und eine der Leitwährungen der Welt

Ein besonderer parlamentarischer Schwerpunkt dieser Sitzungswoche ist die geplante Einrichtung eines Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Erste Weichen hierzu hat die Bundeskanzlerin in der vergangenen Woche beim informellen EU-Rat zur Eurostabilität gestellt. Wir Parlamentarier wollen in diesem Prozess dazu beitragen, dass die Eurozone nachhaltig stabilisiert wird. Als Teil des hierzu notwendigen Gesamtpakets soll der ESM den neuen Rahmen verstärkter Haushaltsdisziplin und finanz- und wirtschaftspolitischer Koordinierung bei gleichzeitiger Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit vervollständigen. Ziel dieser Koordinierung ist es, sicherzustellen, dass die Wahrscheinlichkeit künftiger Krisen deutlich verringert wird.

Die Bundesregierung hat den Deutschen Bundestag über die für den

ESM notwendige geplante Vertragsänderung unterrichtet und auf sein Recht zur Stellungnahme hingewiesen. In unserer Stellungnahme werden wir folgende Forderungen erheben: die Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspakts, die Wahrung der Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank, die Notwendigkeit, dass in etwaigen künftigen Krisenfällen die betroffenen Staaten zunächst selbst alle notwendigen Maßnahmen ergreifen und die Gläubiger in allen Phasen beteiligt werden sowie die Entwicklung von Restrukturierungsregeln für Staaten der Eurozone unter Einbeziehung der Gläubiger.

Dabei soll der neue Mechanismus nur im äußersten Fall aktiviert werden können; wenn dies unabdingbar ist, um die Stabilität der Eurozone als Ganzes zu wahren (ultima ratio). Dies schließt den Einsatz des ESM

außerhalb von Notfallsituationen für die Eurozone als Ganzes aus. Der Internationale Währungsfonds ist wie bisher in den Mechanismus einzubeziehen. Mittel aus dem ESM dürfen nur unter strengen Auflagen, d.h. ehrgeizigen wirtschaftspolitischen Anpassungsprogrammen, gewährt werden. Die gemeinschaftliche Haftung darf nicht ausgeweitet werden. Länderabhängige Zinssätze müssen erhalten bleiben zwecks Gewährleistung von Konsolidierungsanreizen und Marktbewertungen. Der neu zu schaffende ESM darf sämtliche Maßnahmen nur einstimmig auslösen. Bei Berücksichtigung unserer Forderungen wird der ESM entscheidend dazu beitragen, dass Fehlentwicklungen im Euroraum vermieden werden und der Euro auch in Zukunft eine der wichtigsten und führenden Währungen der Welt bleibt.

Büro Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030/227-71322
Fax: 030/227-76932

Email: andreas.mattfeldt@bundestag.de
Internet: www.andreas-mattfeldt.de

Redaktion: Tatjana Range